

Widersprüchliche Offenheit

Migration und organisationaler Wandel im LSVD, 1990-2020

Karen Schönwälder, Sanja Bökle

Die Entwicklung des *Lesben- und Schwulenverbands in Deutschland* (LSVD) illustriert, dass die Auseinandersetzung zivilgesellschaftlicher Organisationen mit Migrationsprozessen und der migrationsbezogenen Diversifizierung der Gesellschaft nicht unbedingt als geradliniger Prozess verläuft. Im Jahr 1990, als der Verband gegründet wurde, spiegelten Offenheit und Engagement des jungen Verbandes zeitgenössische Auseinandersetzungen mit Flucht und auch Rassismus in den sozialen Bewegungen und der breiteren gesellschaftlichen Debatte wider. Migration war damals keine neue Erfahrung mehr in Deutschland – vor allem im Westen wurde sie seit Jahrzehnten erlebt und um ihre Konsequenzen gestritten. Die Entwicklung des LSVD illustriert aber auch, dass exkludierende Tendenzen Offenheit wieder zurückdrängen können, es also keinen geraden oder automatischen Weg zur Öffnung gibt. Der folgende Text beschreibt, wie eine politische Organisation in den vergangenen drei Jahrzehnten Menschen mit Migrationserfahrungen in ihre Arbeit integrierte, ob und wie sie deren Interessen aufgriff und ob und wie sie sich selbst veränderte, um migrationsbezogene Fragen anzugehen und gleichgewichtige Mitsprache innerhalb der Organisation zu gewährleisten.

Es gibt bislang keine wissenschaftliche Studie über den LSVD, wir nutzen aber Erkenntnisse der internationalen Forschung über soziale Bewegungen und Organisationen sexueller und geschlechtlicher Minderheiten für unsere Interpretation. Wir zeigen den LSVD *erstens* als Beispiel einer für schwullesbische Bewegungen typischen Offenheit für eine Vielfalt der Lebensweisen (Armstrong 2002) und einer starken grenzüberschreitenden Solidarität. *Zweitens* zeigen wir eine politische Organisation mit einer typischen Orientierung auf die eigene Außenwirkung (Hoebel 2012), auf den Einfluss auf die Politik

von Regierungen und Parteien und auf die eigene strategische Platzierung im organisationalen Feld (vgl. detaillierter hierzu Schönwälder et al. *fc*). Und *drittens* stellen wir eine Mitgliederorganisation vor, die immer auch bestrebt sein muss, eine für die eigene Legitimität ausreichende Mitgliederzahl zu erzielen, und deren Politik diese Mitglieder einbinden und deren zentrale Anliegen reflektieren muss. Wandel und der Umgang mit den Herausforderungen von Migration und Diversifizierung waren und sind durch solche Eigenschaften bestimmt.

Nach einer allgemeinen Charakterisierung des (L)SVD analysiert dies Kapitel in einem zweiten Abschnitt das migrationspolitische Engagement des Verbandes, wobei wir auf Programm und Praxis eingehen und zeigen, wie Perspektiven sich veränderten und zu unterschiedlichen Zeiten die Solidarität mit LSBTIQ¹-Migrant:innen, die Bedrohung von erkämpften Freiheiten durch eine vermeintlich illiberale migrantische Bevölkerung und die Gemeinsamkeiten diskriminierter Minderheiten in den Mittelpunkt stellten. Der Text ist in diesem Abschnitt grob chronologisch strukturiert. Ein dritter Teil beschäftigt sich mit der Präsenz individueller Migrant:innen und migrantischer Gruppen im LSVD. Ein bilanzierender vierter Abschnitt schließt das Kapitel ab.

Der LSVD: Allgemeines Profil

Der Lesben- und Schwulenverband in Deutschland ist ein bundesweit agierender politischer Lesben- und Schwulenverband und in der Bundespolitik die anerkannte Interessenvertretung von Lesben und Schwulen. Er ist ein mittelgroßer Verband, der zwar Büros, eine Zeitschrift und (wenige) hauptamtliche Beschäftigte hat, dessen professionelle Strukturen aber dennoch sehr begrenzt sind. Er finanziert sich wesentlich aus Mitgliedsbeiträgen.

Der Verband wurde 1990 als *Schwulenverband in Deutschland* (SVD) gegründet und erweiterte sich 1999 zum LSVD, der auch Frauen organisiert. Heute tritt der Verband auch für die Rechte von Bisexuellen sowie trans- und intergeschlechtlichen Menschen ein. Der LSVD bezeichnet sich selbst als eine

1 Das Akronym LSBTIQ steht für lesbisch, schwul, bisexuell, trans, inter und queer. In Bewegungen, Organisationen und Diskursen existiert eine Vielzahl unterschiedlicher, teils längerer, teils kürzerer Akronyme. Die Vielfalt spiegelt unterschiedliche Verständnisse oder auch Allianzen wider.

Stimme »in der vielgestaltigen lesbischen und schwulen [seit 2018: LSBTI] Gemeinschaft« (LSVD-Programme 2010, 2018). Er beansprucht also nicht, die einzige Vertretung sexueller Minderheiten oder deren Dachverband zu sein. Ein Mitglied der Frühzeit berichtet, man habe vor dem Hintergrund anhaltender Konflikte in einer anderen Organisation darauf verzichtet, ein »Einheitsverband« sein zu wollen²:

»es gibt mehrere Wege zum Glück [...] Wer nicht für uns ist, macht eben was anderes. [...] Wir haben nie so großes Interesse gehabt daran, missionarisch in der Community unbedingt alle überzeugen zu wollen, sondern wir haben gesagt: Es gibt verschiedene Meinungen. Wir spielen im Konzert mit, mit einer bestimmten Note und einem bestimmten Ton und versuchen die Ziele, die wir uns programmatisch geben und wo wir versuchen, auch möglichst bei unserem Verband einen Konsens herzustellen, diese Ziele halt auch umzusetzen.« (Interview mit den Autorinnen)

Zentrales Anliegen des Verbandes ist die rechtliche Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen und die Berücksichtigung der Anliegen von sexuellen und geschlechtlichen Minderheiten auf allen Ebenen staatlichen Handelns. Zentrale Forderung war zunächst die *Ehe für alle*. Darüber hinaus formuliert der LSVD das Ziel, die Rahmenbedingungen für ein selbstbestimmtes, diskriminierungsfreies Leben aller herzustellen. Er will eine Organisation sein, die die praktischen Probleme der eigenen Klientel angeht, anstatt sich mit sich selbst zu beschäftigen, wie es in seiner Wahrnehmung andere Kräfte tun. Der LSVD will sich darauf konzentrieren, »die Kräfte und die Wirkung in die Gesellschaft hinein« (Dwork 2013:147f.) zu richten. Allgemein bezogen auf die deutsche Schwulenbewegung hat Haunss (2004:262) aufgezeigt, wie der »Anspruch, als schwuler Bewegungsaktivist zugleich die Gesellschaft in ihren Grundsätzen zu verändern [...] in den 1990er Jahren für immer größere Teile der Bewegung zunehmend in den Hintergrund« trat. Normalisierung statt Besonderung stand im Zentrum der Strategie (ebd.:267). Das »kapitalismuskritisch reformbewegte

-
- 2 2005 hatte man allerdings noch im Bund-Länder-Treffen diskutiert, der LSVD sei »der überparteiliche politische Arm der schwullesbischen Bewegung« (LSVD 2005b:11). Bedeutende Gründungspersonen des SVD waren zuvor im Bundesverband Homosexualität (BVH) aktiv gewesen, der sich als Dachorganisation verstand (vgl. Pretzel & Weiß 2013:13-15). Zur Bewegungsgeschichte der 1990er Jahre vgl. auch Dennert, Leidinger & Rauchut 2007; Haunss 2004; Pretzel & Weiß 2017.

Jahrzehnt« (Pretzel & Weiß 2013:11), das die 1980er Jahre gewesen waren, war beendet.

Typisch für politische Organisationen kennzeichnet auch den LSVD eine »besondere Außenorientierung« (Hoebel 2012:81). Im Mittelpunkt der Aktivität des Verbandes steht die politische Lobbyarbeit, also die Einflussnahme auf die Gesetzgebung und das staatliche Handeln auf Bundes- und Landesebene. Während in früheren Jahrzehnten häufiger auch politische Aktionen organisiert wurden, tritt dies heute zurück. Auftritte bei CSDs³ und Aktionen etwa zum *International Day Against Homophobia and Transphobia* (IDAHOT) oder das demonstrative Hissen von Regenbogenfahnen an öffentlichen Gebäuden liegen in der Hand der Landesverbände, die von der Bundesgeschäftsstelle unterstützt werden.

Der LSVD ist in einem Bundesverband und in Landesverbänden organisiert und in allen Bundesländern vertreten. Die Landesverbände unterscheiden sich in ihren Ressourcen, Aktivitäten, Schwerpunkten und Angeboten. Zeitweise gab es auch örtliche Gruppen, heute aber haben die Landesverbände die lokale Organisation übernommen. Die Mitgliederzahl stieg lange Zeit stetig an. Hatte der Verband bei seiner Gründung 1990 81 Mitglieder, so waren es 1998 über 1.000, 2007 über 3.000 und 2012 über 4.000 Mitglieder. Seit 2016 bewegt sich die Zahl zwischen 4400 und 4600. Etwa 40 % sind Frauen (2017) (LSVD Tätigkeitsberichte; LSVD Mitgliederstatistik, versch. Jahre). Auf migrantische Mitglieder werden wir im dritten Abschnitt eingehen.

Topthema Migrationspolitik: Wechselnde Schwerpunkte und Zielgruppen

Zivilgesellschaftliche Organisationen treffen laufend Entscheidungen darüber, welche Themen relevant sind für die eigene Organisation und welche Kampagnen Priorität genießen sollen. Für den LSVD war das Thema Migration seit seiner Gründung im Jahr 1990 wichtig. In der Programmatik und den konkreten politischen Forderungen des Verbandes sind migrationsbezogene Themen kontinuierlich und durchaus prominent vertreten. Im Handeln, den konkreten Aktivitäten des Verbandes, ist die zweite Hälfte

3 CSD steht für Christopher Street Day. In vielen Städten finden jedes Jahr Demonstrationen und andere Aktionen für die Rechte sexueller und geschlechtlicher Minderheiten in diesem Rahmen statt.

der 1990er Jahre die Zeit, in der migrationspolitische Fragen eine besonders prominente Rolle einnahmen; hier standen sie regional zeitweise im Mittelpunkt der Verbandstätigkeit. Ähnlich zentrale Bedeutung erlangten Migrationsthemen dann erneut im *Sommer der Migration* 2015, als einige Landesverbände sich stark engagierten, um LSBTIQ-Flüchtlingen zu helfen und auf deren adäquate Unterbringung sowie adäquate Verfahren hinzuwirken. Zwischenzeitlich waren andere Themen in den Vordergrund gerückt. So waren mit der Erweiterung des Verbandes um Frauen in den 2000er Jahren die Lebensbedingungen und Rechte von Regenbogenfamilien ein zentrales Thema des Verbandes geworden.

Warum war und ist das Thema Migration so wichtig für den LSVD? Einmal waren und sind die Probleme von Geflüchteten und Personen in binationalen Partnerschaften so dringlich, dass Solidarität und politische Intervention hier besonders geboten scheinen. Schließlich ging beziehungsweise geht es um die drohende Trennung von Paaren, um den Schutz vor Verfolgung und manchmal vielleicht gar das Überleben. Etliche Artikel in der Verbandszeitschrift illustrieren diese Wahrnehmung. Traditionell wird zudem die schwule und lesbische Community grenzüberschreitend gedacht (vgl. unten). Auch in der 1979 gegründeten *International Lesbian and Gay Association* (ILGA) wurde dem Asylrecht und den Rechten binationaler Paare frühzeitig große Bedeutung zugemessen (vgl. Paternotte, Warner & Barris o.J.). Und nicht zuletzt eröffnete sich im Themenfeld Migration – insbesondere mit einer Regierungsbeteiligung von Grünen und SPD im Bund ab 1998 – die Gelegenheit, externe Mittel für Projekte einzuwerben. Diese Möglichkeit bot sich in kaum einem anderen vom LSVD bearbeiteten Themenfeld in vergleichbarem Umfang.⁴ Mit den eingeworbenen Geldern konnten Büromieten und Positionen wichtiger Mitarbeiter:innen mitfinanziert werden, ein nicht unwesentlicher Faktor für einen finanziell nicht sehr starken Verband. Eine Brücke zum Themenfeld Migration ergab sich auch daraus, dass der LSVD Rassismus als eng verwandt mit Homophobie wahrnahm. Das Engagement gegen Rassismus (oder, wie es

4 Zwischen 1999 und 2002 förderte das Familienministerium Seminare und Publikationen zur Unterstützung binationaler Paare. Mindestens eine Stelle wurde gefördert, um ein Binats-Netzwerk aufzubauen und psychosoziale Beratung anzubieten (vgl. Dokumente im LSVD-Archiv Köln B6, B8). Ab 2005 förderte das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend dann nacheinander mehrere Projekte des Bundesverbandes. Ab 2017 erhielt der LSVD zudem Fördermittel des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge sowie aus dem Programm »Demokratie leben«.

zunächst hieß, die Diskriminierung von Ausländern) dient in diesem Sinne dem im engeren Sinne schwul-lesbischen Kernanliegen, Bedrohungen und Freiheitseinschränkungen der eigenen Gruppe zu bekämpfen.

Während Flucht und Migration anhaltend wichtige Themen für den LSVD waren, veränderten sich inhaltlich-programmatische Positionen und Hauptadressat:innen der eigenen Politik. Zu letzteren gehörten in den 1990er Jahren Betroffene, die sich für die Rechte binationaler Paare engagierten oder migrantische Gruppen bildeten. In den 2000ern machte der LSVD dann verstärkt Politik mit dem Ziel der Einflussnahme auf die nichthomosexuelle migrantische Bevölkerung. Migrant:innen rückten nun stärker als Zielgruppe der eigenen Politik in den Fokus, nicht mehr so sehr als handelnde Subjekte und Mitglieder der eigenen Gemeinschaft. In den 2010er Jahren trat dann eine Wahrnehmung von Migrant:innen als Bündnispartner:innen einer Bürgerrechtspolitik in den Vordergrund. Diese Verschiebungen des Fokus fanden Ausdruck in der Entwicklung von Programmatik wie praktischer Politik.

Solidarität mit Geflüchteten und Protest gegen Diskriminierungen

Inhaltlich lag ein Schwerpunkt von Programmen und Politik des LSVD zunächst auf einer Auseinandersetzung mit der Verfolgung von Menschen aufgrund ihrer Homosexualität und der deutschen Asylpolitik. Vor allem zwischen 1995 und 2001 spielten auch die Aufenthaltsrechte von Ausländer:innen in binationalen Partnerschaften eine wichtige Rolle. Betroffene wurden organisiert und beraten. Erste *Binats*-Gruppen gründeten sich 1995 in Köln und Dortmund. Im Jahr 2000 gab es in acht Städten Gruppen, die etwa 180 Betroffene organisierten.⁵ Der SVD bot Seminare für binationale Paare an und brachte Publikationen zu Rechtsfragen heraus (SVD NRW 1996). Der Verband entwickelt eine intensive Lobbytätigkeit gegenüber politischen Entscheidungsträger:innen⁶ und organisierte politische Aktionen. So rief er 1998 zu einer Protestaktion vor der Parteizentrale der FDP (die

5 Vgl. Materialien im LSVD-Archiv Köln u.a. LSVD-Sozialwerk 2000:70, 157.

6 So trafen SVD-Vertreter im Mai 1996 den Bundesminister der Justiz (vgl. Rundgespräch, September 1996:12); Schreiben an Landesminister, den Bundestag und städtische Ausländerbehörden im LSVD-Archiv Köln, zum Beispiel Landesverband Sachsen des SVD, Schreiben an den Staatsminister des Innern des Freistaats Sachsen, 28.09.1992; SVD, Bruns, an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages, 14.01.1994 (beides in B1; Antwortbrief der Stadt Köln an den SVD, 19.06.1996, B7).

den Außenminister stellte) auf, um »Aufenthaltsrechte für ausländische Lebenspartner von Schwulen und Lesben« einzufordern. Mit Inkrafttreten des Lebenspartnerschaftsgesetzes im August 2001 (infolge des Regierungswechsels 1998) verlor dieses Thema an Bedeutung, da es nun auch Partner:innen in gleichgeschlechtlichen Beziehungen ermöglicht wurde, in Deutschland zu bleiben. Der LSVD hatte ein zentrales Ziel erreicht.

Das Thema Flucht und Asyl dagegen bot anhaltend Anlass zu Protesten und Interventionen zugunsten Betroffener. Es ist kontinuierlich präsent in den Veröffentlichungen, zum Beispiel in der Verbandszeitschrift *Respekt* (Bruns 2008; Jetz 2006; Jetz 2010; Pfarr 2008; Siegfried 2014) und der Tätigkeit des LSVD. Auch die Tagesordnungen der Verbandstage und wiederholte Resolutionen (LSVD 2011, 2016b, 2019) spiegeln das anhaltende Engagement für Verfolgte, eine Liberalisierung des Asylrechts, die Durchsetzung von homo- und transsensiblen Asylverfahren und akzeptable Lebensbedingungen für Geflüchtete wider.

Der (L)SVD macht kontinuierlich eine – immer wieder sehr engagierte – Interessenvertretungspolitik für Opfer homo- und transphober Verfolgung, die in Deutschland Schutz und Asyl suchen. Individuelle Schutzsuchende werden (unter anderem rechtlich) beraten und unterstützt, gegen Abschiebungen wird protestiert. Mitte der 2000er Jahre etwa engagierte man sich besonders für Flüchtlinge aus dem Iran. Verfolgung und Asyl waren Schwerpunktthemen beim Verbandstag 2007, zu einer Zeit also, in der das Thema Flucht nicht im Mittelpunkt nationaler Debatten stand. Politische Forderungen richteten sich unter anderem gegen eine Anerkennungspraxis, in deren Rahmen nur eine praktizierte Homosexualität als Verfolgungsgrund anerkannt werden sollte und Nachweise gefordert wurden, dass dies im Heimatland geschehen war (vgl. Jetz 2006). Im Jahr 2011 forderte zum Beispiel der Beschluss *Verfolgten Schutz geben* einen »grundlegenden Wandel im Umgang mit Flüchtlingen, [...] einen klaren Richtungswechsel in der Praxis des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF).« (LSVD 2011) Änderungen wurden angemahnt bei der Anerkennung von Verfolgung aufgrund von Homosexualität sowie der Befragungspraxis im Asylverfahren. Abschiebungen sollten ausbleiben.

Während und nach der umfangreichen Flüchtlingszuwanderung ab 2015 engagierte sich der LSVD stark (siehe Abb. 2) und erlebte einen Einflussgewinn, da das BAMF und staatliche Stellen jetzt zum Teil externe Beratung zum Umgang mit aufgrund ihrer sexuellen und geschlechtlichen Identifizie-

Abbildung 1: Plakat zu einer Protestaktion für Aufenthaltsrechte ausländischer Lebenspartner:innen, 1998 (LSVD-Archiv Köln A8)

VERBOTENE LIEBE
FÜR SCHWULE UND LESBEN

KOMMT ZUR PROTEST-AKTION
VOR DER F.D.P.- PARTEIZENTRALE,
AM FREITAG DEN
13. FEBRUAR 1998, UM 11.00
IN BONN,
THOMAS-DEHLER-HAUS,
ADENAUERALLEE 266

WIR FORDERN:
Aufenthaltsrecht für
ausländische
Lebenspartner von
Schwulen und Lesben
Keine Schikanen bei
der Einreise

Das Auswärtige Amt versucht mit
aller Kraft ein Zusammenleben
binationaler schwuler und lesbischer
Paare in Deutschland zu verhindern.
Außenminister KINKEL
VERWEIGERT
HOMOSEXUELLEN
LEBENSPARTNERN
EINREISEVISA.
Er hält die Tür selbst in solchen Fällen
zu, in denen die zuständige deutsche
Ausländerbehörde bereits erklärt hat,
sie würde dem ausländischen Lebens-
partner eine Aufenthaltserlaubnis
erteilen.
KINKEL KÖNNTE
AUCH ANDERS. Aber der
liberale Außenminister weigert sich,
die Spielräume zu nutzen, die bi-
nationalen Paaren von der Recht-
sprechung eröffnet wurden.
Im Gegenteil: Er will das Rad wieder
zurückdrehen. In ihrem Wahlprogramm
verspricht die F.D.P. mehr Rechte für
gleichgeschlechtliche Lebensgemein-
schaften. In der politischen Praxis reißt
ihr Außenminister homosexuelle Paare
brutal auseinander.
Das ist Wählerbetrug erster Güte.
Einen Tag vor dem Valentinstag
machen wir deshalb deutlich:

WEITERE INFORMATIONEN GIBT ES IN DER SVL-
GESCHÄFTSSTELLE KÖLN: 0221 - 92 59 610.
DIE SVL HAT IHRE ZENTRALE AM BONNER
HAUPTBAHNHOF MIT DEN U-BAHNLINIEN 16/63
UND 66 (Haltestelle Heussallee) ZU ERREICHEN.

SVL
SCHWULENVERBAND

WIR LASSEN UNS UNSERE RECHTE
NICHT VON KINKEL VERBIETEN

rung verfolgt Menschen annahmen und nachfragten.⁷ Vor Ort half man zum Beispiel dabei, sichere Unterkünfte zu finden (vgl. z.B. Neumann 2019).

Abbildung 2: Unterstützung für Geflüchtete (ca. 2017)

The image shows two posters for the organization 'queer-refugees.de'. Each poster features a couple (a man and a woman) smiling. The posters contain text in multiple languages (German, English, Arabic, and Russian) providing information about asylum seekers persecuted due to their sexual orientation or gender identity. The text includes the website 'www.queer-refugees.de', a QR code, and contact information for 'queer-refugees deutschland' (phone: +49 163 26 63 711). The posters also mention 'Verfolgung wegen der Sexualität' (Persecution due to sexuality) and 'Asylgrund' (Reason for asylum).

Über Geflüchtete und Personen in binationalen Beziehungen hinaus sind schwule und lesbische Migrant:innen ab spätestens Mitte der 1990er Jahre – in unterschiedlicher Intensität und unterschiedlicher Form – eine Zielgruppe des Verbandes. Frühzeitig ging der Verband davon aus, dass diese besondere Anliegen und Probleme haben, die zielgruppenspezifische Angebote erfordern. Daher bietet der LSVD etwa eine besondere Beratung für Migrant:innen an. Zeitweise existierte eine *LGBT Beratungsstelle für MigrantInnen* in Köln mit einem Mitarbeiter.⁸ In Berlin ist das *Zentrum für Migranten, Lesben und Schwule*

7 Laut LSVD-Tätigkeitsbericht (LSVD 2017a:5) fragte das BAMF 2016 erstmals die Expertise des LSVD im Rahmen einer Mitarbeiter:innenschulung an. Im April 2016 zum Beispiel erschien die Verbandszeitschrift mit dem Schwerpunkt Flucht; typisch war die Verknüpfung mit dem weltweiten Einsatz für die Menschenrechte (vgl. auch Ulrich 2016; allgemeiner zur Solidarität mit Geflüchteten: Dörr & Raza 2019).

8 Vgl. etwa den LSVD-Newsletter der Beratungsstelle für LGBT-MigrantInnen Köln vom 12.11.2006; die Publikation: LSVD, *Homosexuell? Migrantin? Migrant? Köln* 2008 (bei-

(MILES) mittlerweile langfristig institutionalisiert. Erste Beratungsangebote wurden dort 2000 gemacht.

Bereits 1996 ist im Programm von einer »doppelten« oder »mehrfachen« Diskriminierung von schwulen Migranten die Rede. Gemeint ist hier zunächst die Diskriminierung als Schwuler und Ausländer sowie in den Herkunftskulturen (SVD 1996a). Später entfällt der Hinweis auf Herkunftskulturen, und die mehrfache Diskriminierung wird auf ungleiche Chancen und Rassismus zurückgeführt. 2002 ist im Programm erstmals von Rassismus die Rede. 2010 wird dort auch eine Diskriminierung innerhalb der eigenen schwul-lesbischen Community erwähnt.⁹ Immer wieder unterstützte der LSVD Demonstrationen und andere Aktionen gegen Rassismus und Gewalt, so auch 1991 und 1992, also unmittelbar nach seiner Gründung, als mehrere Menschen Brandanschlägen zum Opfer fielen. »Als Schwule erfahren wir es selbst oft genug: Es gibt nichts feigeres als die Gewalt gegen Minderheiten«, erklärte Volker Beck für den SVD in einem Aufruf zur Demonstration (SVD 1991).¹⁰ 2016 war der LSVD Teil des Bündnisses *Hand in Hand gegen Rassismus*, das unter anderem Menschenketten in deutschen Großstädten organisierte (siehe Abb. 3).

In seinen frühen Positionsbestimmungen betonte der SVD auch seine offene Haltung zu unterschiedlichen Vorstellungen über gelebte gleichgeschlechtliche Präferenzen. »Der SVD will niemanden das westliche Verständnis von schwuler Identität und schwulen Lebensweisen aufdrängen.« (SVD 1996b) Auch im Rahmen von Veranstaltungen des 2002 in Köln durchgeführten *Europride* setzte man sich mit unterschiedlichen Konzepten gleichgeschlechtlicher Sexualität auseinander.¹¹ Später wurde dieses Thema nicht mehr angesprochen, spielte aber eine Rolle in der Namensfindung der *Queer Refugees Deutschland*, indem mit queer ein breit akzeptierter Begriff gewählt wurde (Interviews mit den Autorinnen).

des im LSVD-Archiv Köln, B4 und B5). Die Beratungsstelle gab es von 2005 bis mindestens 2009.

- 9 Dies geschah auch schon in einer SVD-Resolution von 1996 (SVD 1996b), nicht aber im migrationspolitischen Beschluss von 2006 (LSVD 2006).
- 10 1992 schloss der SVD sich der Kampagne *Fremde brauchen Freunde. Wir auch.* an, die von der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer organisiert wurde, und rief zu einer Großdemonstration gegen die Grundgesetzänderung zur Einschränkung des Asylrechts auf (vgl. LSVD-Archiv Köln, B2 und 3).
- 11 Vgl. etwa ein zweiseitiges Konzept zur Interkulturellen Woche während dieses Events in LSVD-Archiv Köln B8.

Abbildung 3: Plakat zu Aktionen gegen Rassismus 2016 (Respekt 24, 2017:43)



Ab 1996 bot der SVD, später der LSVD, eine Plattform für eine Selbstorganisation einzelner Gruppen von Migrant:innen, hierauf wird unten detaillierter eingegangen. Er förderte sie durch Publikationen und organisatorische Unterstützung, indem er etwa Räume für Treffen zur Verfügung stellte. Allerdings kam es in den 2000er Jahren auch zu heftigen Konflikten darüber, ob der Kampf gegen den Rassismus in der deutschen Gesellschaft oder aber die Homophobie in der migrantischen Bevölkerung politische Priorität haben sollte.

Die migrantische Bevölkerung als potentielle Bedrohung und Adressat von Aufklärung: Konflikte und Lernprozesse in den 2000er Jahren

In den 2000er Jahren rückte die migrantische Bevölkerung im Allgemeinen, also nicht mehr nur die Schwulen und Lesben mit Migrationsgeschichte, stärker in den Fokus der LSVD-Politik. Im politischen Kontext wachsender Isla-

mophobie, von Terrorängsten nach islamistisch begründeten Anschlägen (unter anderem am 11. September 2001 in New York) und migrationsfeindlichen Stimmungen gewannen für einige Jahre Positionen die Oberhand, die die migrantische Bevölkerung als besonders aufklärungsbedürftig – zum Teil auch als besonders homophob – wahrnahmen und von Migrationsprozessen ausgehende Gefahren für die politische Kultur in Deutschland anklagen wollten. Schon die SVD-Programme von 1996 und 1999 hatten auf eine »strukturelle Homosexuellenfeindlichkeit« in manchen »Herkunftskulturen« hingewiesen. Während der SVD in seinen frühen Positionsbestimmungen gleichzeitig seine Bereitschaft betonte, ein »Forum« zu bieten »für den Dialog zwischen den Kulturen« (SVD 1996b), setzte der Verband Mitte der 2000er Jahre andere, konfrontativere Akzente.

2005 etwa kritisierte der Sprecher des Verbandes in der Verbandszeitschrift den Multikulturalismus und mahnte »Grenzen der Freiheit« (Zinn 2005), auch der (immerhin im Grundgesetz garantierten) Religionsfreiheit, an (Zinn 2005). Es müsse offen ausgesprochen werden, dass Gewalt »nicht selten von muslimischen Jugendlichen« ausgehe. Aus feministischer Sicht forderte eine Repräsentantin des LSVD einen »Paradigmenwechsel« und eine energischere Attacke auf »patriarchale Familienstrukturen«, die Frauenfeindlichkeit wie Homophobie beförderten (Rampf 2005). Ein 2006 bei nur einer Enthaltung verabschiedeter Beschluss des Verbandstages¹² – des jährlich tagenden höchsten Gremiums des Bundesverbandes – war geprägt von einer Wahrnehmung von Migration als Bedrohung und der Angst, dass erreichte Freiheiten auch durch die Folgen der Einwanderung zurückgedreht werden könnten: »Die Gefahr, dass die in den letzten Jahrzehnten erreichte Toleranz gegenüber Lesben und Schwulen wieder zurückgedrängt wird, ist nicht von der Hand zu weisen.« (LSVD 2006b) Gefordert wurde eine autoritärere, selektierende Integrationspolitik. Die Einbürgerung solle an ein Bekenntnis zu Grundwerten gebunden werden. Gruppen, »die anti-homosexuelle Ressentiments schüren«, sollten isoliert und von öffentlicher Förderung ausgeschlossen werden. »Der Respekt vor anderen Kulturen und Religionen muss dort aufhören, wo Menschenrechte verletzt werden.« (Ebd.) Von religiösen und migrantischen Organisationen verlangte der LSVD in konfrontativem Ton ein Engagement gegen Homophobie. Andere

12 Der Text war gemeinsam von Bodo Mende (Landesverband Berlin-Brandenburg) und Günter Dworek (Bundesvorstand) erarbeitet worden (vgl. das Protokoll des 18. LSVD-Verbandstages in Köln, 25./26.03.2006:2).

Strömungen in der zeitgenössischen Debatte, insbesondere Kritik an einer Stigmatisierung von Migrant:innen durch pauschale und unreflektierte Assoziierungen von Herkunft, vorgeblich antiliberaler islamischer Religion und Gewalt (mehr dazu unten), werden zu diesem Zeitpunkt in den Positionen und den dokumentierten internen Debatten des LSVD nicht sichtbar.

Wichtige Instrumente, mit denen der LSVD sein Ziel, in der migrantischen Bevölkerung Toleranz zu befördern, umsetzte, waren Plakatkampagnen (siehe Abb. 4). Solche Kampagnen hatten in den 2000er Jahren mehrere Zielgruppen: Intendiert war eine Aufklärung der migrantischen und zum Teil auch nicht-migrantischen Bevölkerung. Der Berliner Geschäftsführer wollte auf diese Weise unter anderem das »Tabu der Homosexualität in den Migrationscommunitys brechen« (Rampf & Steinert 2005). Daneben sollten – wenn man so will – schwule und lesbische Migrant:innen sichtbar gemacht, ihre Lebensbedingungen und Entfaltungsmöglichkeiten damit verbessert werden.¹³ Die damalige Pressesprecherin sah 2005 die Plakate als »Teil einer langfristig angelegten Lesbenoffensive des LSVD«: Es gehe um die Unterstützung lesbischer Migrantinnen und die Darstellung selbstbewusster Lesben in der Öffentlichkeit (ebd.). Die Kampagnen wurden in Berlin in Zusammenarbeit mit dem Senat sowie den migrantischen Organisationen *LesMigraS* und *TBB* (Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg) durchgeführt. 2009 kooperierte der LSVD in NRW für eine ähnliche Kampagne unter anderem mit dem Landesbeauftragten für Integration und der Polizei.¹⁴ In späteren Jahren wurden solche Plakatkampagnen gelegentlich attackiert, da sie eine Wahrnehmung von Migrant:innen als besonders homophob förderten. Dem LSVD – als »von weißen Deutschen« geführter Organisation, die nicht entschieden genug gegen Rassismus eintrete – wurde zudem von einigen Akteur:innen das Recht abgesprochen, die Interessen von Migrant:innen zu vertreten (Saadat-Lendle & Çetin 2014:234f.; vgl. auch Haritaworn 2011).

Vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in den Jahren 2005 bis 2010 geförderte Projekte sollten in Familien mit Migrationshintergrund für Verständnis für homosexuelle Lebensweisen werben (Projekt *Homosexualität als Thema in Migrationsfamilien*) beziehungsweise Fachleute aus der Sozialen Arbeit und Sozialpädagogik, die mit Erwachsenen mit

13 Das Cigdem/Vera-Plakat wird in einer Broschüre zum Programm des LSVD Bund abgebildet und somit als wichtiger Teil der Arbeit des Bundesverbandes hervorgehoben (LSVD 2017b:38).

14 Vgl. die Unterlagen im LSVD-Archiv Köln, A12.

Abbildung 4: Plakatkampagne des LSVD (LSVD 2017b:38). Andere Versionen zeigen Männer und verwenden die Namen Kai und Murat beziehungsweise Aljoscha.



Migrationshintergrund arbeiten, besser befähigen, im Kontakt mit einer migrantischen Klientel mit diesem Thema umzugehen (Projekt *Kultursensible Aufklärung zum Thema Homosexualität für Familien mit Migrationshintergrund*) (vgl. LSVD-Tätigkeitsberichte 2005-2011).

In der Öffentlichkeit stärker beachtet als programmatische Äußerungen wurde eine Studie, die im Kontext dieser Projekte im Auftrag des Verbandes erarbeitet und 2007 veröffentlicht wurde.¹⁵ Der Sozialpsychologe Bernd

15 2007 wurde die Simon-Studie sowohl vom Bundesverband und einen Tag später vom Landesverband Berlin-Brandenburg der Öffentlichkeit vorgestellt. Die separaten Veranstaltungen verweisen auf unterschiedliche Positionen. Der Landesverband lud die umstrittene Publizistin Necla Kelek ein. Beide Veranstaltungen fanden in Berlin statt (25. bzw. 26.09.2007).

Simon analysierte dort »Einstellungen zur Homosexualität, Ausprägungsformen und sozialpsychologische Korrelate bei Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund« basierend auf einer Befragung von Jugendlichen ohne, mit ex-sowjetischem und mit türkischem Migrationshintergrund in Berliner Gesamtschulen und Gymnasien. Sein Ergebnis, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund eine stärker ausgeprägte homosexuellenfeindliche Einstellung aufwiesen als Jugendliche ohne Migrationshintergrund, wurde öffentlich breit rezipiert (vgl. zum Beispiel die taz und die Berliner Zeitung vom 26.09.2007), von manchen Akteur:innen aber auch als pauschale Diffamierung migrantischer Personen kritisiert (vgl. Sona & Rieske 2011). Insbesondere in Berlin wurden homophobe Gewalt und die Rolle von Jugendlichen mit Einwanderungsgeschichte zu stark umstrittenen Themen (vgl. Bozic 2008). Eine Rede von Judith Butler beim Berliner CSD 2010, in der sie einen ihr vom CSD-Verein verliehenen Preis öffentlichkeitswirksam nicht annahm, da sie sich von »Komplizenschaft mit Rassismus« distanzieren wolle (Butler 2010), bezeugt Konfrontationen, in deren Rahmen auch der LSVD angegriffen wurde.¹⁶

Der LSVD machte in diesen Jahren die Erfahrung, dass Migration ein hochsensibles Thema war. Er lavierte zwischen Forderungen aus Teilen der Mitgliedschaft, eine stärker migrations- und islamkritische Position einzunehmen, und Rassismusbewertungen in der Öffentlichkeit. Der Verband machte einen Lernprozess durch, in dessen Rahmen pauschale Problemzuschreibungen an ganze migrantische Herkunftsgruppen ersetzt wurden durch ein Bemühen um präzisere Verortungen der Ursachen von Homophobie in der Gesellschaft insgesamt. Die eigene Positionierung als Bürgerrechtsorganisation und als Organisation einer Minderheit, die solidarisch mit anderen Minderheiten handelt, wurde als zentraler Bezugspunkt des eigenen Selbstverständnisses bekräftigt. In vorderster Linie trat u.a. der prominente Jurist Manfred Bruns, eine Autorität im Verband, für diese Perspektive ein.

Der LSVD Bundesverband korrigierte seine Position schnell. Als die Verbandszeitschrift fast zwei Jahre nach seiner Verabschiedung über den oben zitierten Beschluss von 2006 berichtete, bezogen die Artikel im Grunde eine Gegenposition zu dessen Aussagen. »Wer pauschal eine bestimmte Minderheit in eine bestimmte Ecke stellt, handelt diskriminierend«, stellte nun

16 So kritisierte die Gruppe *Suspect* den LSVD als »homonationalistisch«, da er dazu beitrage, Migrant:innen pauschal als homophobe Gewalttäter:innen zu diffamieren (SUSPECT 2010).

der Geschäftsführer des Verbandes fest. Und: »Wer eine Minderheit diskriminiert, wird früher oder später auch andere Minderheiten diskriminieren.« (Jetz 2008) Für Einbürgerung und Integration seien »diskriminierende bürokratische Instrumente« (eine Anspielung auf z.B. Einbürgerungstests, die in Berlin gefordert worden waren, um Einbürgerungswillige stärker auszuwählen, vgl. LSVD BB 2006) abzulehnen. In der Verbandszeitschrift verwiesen Artikel auch von Gastautorinnen auf Diskriminierungserfahrungen von Migrant:innen und die Vielfalt eines eben nicht pauschal homophoben Islam (Aglamaz 2008; Hassani 2008). Über die kontroverse, vom Verband selbst in Auftrag gegebene »Simon-Studie«, berichtete man unter ferner liefen. Eine weitere Studie wurde in Auftrag gegeben, die die »Lebenssituation von Lesben und Schwulen mit Migrationshintergrund« zum Thema machte (Steffens 2010).

Als 2010 in Berlin-Brandenburg der Landesvorstand den noch 2006 im Bundesverband konsensualen Text in nur leicht ergänzter Form zur Abstimmung stellte, erlebte er in der regionalen Mitgliederversammlung eine Niederlage. Stattdessen wurde 2011 eine Resolution angenommen, aus der die Hervorhebung bedrohlicher Aspekte der Einwanderung sowie die Warnungen vor sich vermeintlich abschottenden migrantischen Gemeinschaften verschwunden waren und in der stattdessen Mehrfachdiskriminierung und Rassismus hervorgehoben und Bündnisse von Minderheiten favorisiert wurden.

Korrektur migrationskritischer Positionen: Resolution des LSVD Landesverbandes Berlin-Brandenburg 2011 *Für Freiheit und Selbstbestimmung – gegen Homophobie und Rassismus in der Metropolenregion Berlin:*

»Der LSVD tritt daher für eine menschenrechtlich fundierte Bürgerrechts- und Antidiskriminierungsarbeit ein, die sich an dieser gesellschaftlichen Realität ausrichtet und neben der Bekämpfung von Homo- und Transphobie alle Formen von Diskriminierung wie Rassismus, Antisemitismus, Feindlichkeit gegenüber Muslimas und Muslimen oder Sexismus konsequent mitdenkt und berücksichtigt. Der LSVD sucht dabei den engen Kontakt und Austausch mit anderen Berliner Initiativen und Interessenverbänden, die sich aus ihren unterschiedlichen Hintergründen heraus für eine tolerante und diskriminierungsfreie Stadtgesellschaft einsetzen. Uns trägt die Überzeugung, dass allein im Bündnis und in gegenseitiger Solidarität mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren der Kampf gegen Ausgrenzung und für Akzeptanz wirkungsvoll ist.«

Hatte der (L)SVD zeitweise recht pauschal bestimmte regionale oder religiöse Herkunftskontexte als Quelle antiliberaler, homophober Einstellungen attackiert, so verdeutlichten Formulierungen des 2010 neu gefassten Programms das Bemühen, diskriminierende Pauschalisierungen zu vermeiden. Probleme wurden nun auf Herkunftsländer, in denen »repressive Haltungen« vorherrschten, zurückgeführt. Einige »Migrationscommunities«, hieß es weiter, seien noch »vom gesellschaftlichen Wandel in Bezug auf Lesben und Schwule vergleichsweise wenig berührt«. Homophobie wurde aber als Problem der gesamten deutschen Gesellschaft bezeichnet. Der Verband sprach jetzt allgemein von »Bevölkerungsteilen, in denen sich homophobe Tendenzen verdichten«, und bezeichnete Kontexte, in denen »patriarchalische Familienstrukturen« und eine »rigide Religiosität« koexistierten, als gerade für Jugendliche problematisch. Daneben verwies der LSVD weiterhin zumindest auf »einige Migrationscommunities«, in denen – so eine typische Formulierung – »Menschen vom gesellschaftlichen Wandel in Bezug auf LSBTI weniger berührt« worden seien.¹⁷ Auch bezogen auf Geflüchtete wurde im Programm von 2018 darauf hingewiesen, dass diese »gesellschaftliche Prägungen ihrer Herkunftsländer mit im kulturellen Gepäck« hätten. Mit Integrationsangeboten sollte hierauf reagiert werden. Gleichzeitig betonte der LSVD, solche Prägungen schmälerten nicht den Schutzanspruch Geflüchteter. Damit distanzierte er sich von rechten Instrumentalisierungen.

Aktuelle Positionsbestimmungen im Programm des LSVD (2018b), Auszüge:

Immer wieder versuchen rechtspopulistische Kräfte, Probleme wie Homophobie und Transfeindlichkeit zu instrumentalisieren, um gegen Geflüchtete oder Muslime zu hetzen. Der LSVD verwahrt sich entschieden gegen eine solche Instrumentalisierung. Rechtspopulisten wollen überhaupt nicht die Probleme lösen, sondern nur die Gesellschaft spalten.

Integration und Teilhabe fördern

In Deutschland leben viele Millionen Menschen mit Migrationshintergrund.

17 Beim Verbandstag 2010 (Protokoll) wollte ein Vertreter des Landesverbands Berlin-Brandenburg hinter »berührt« einfügen »Homosexuellenfeindlichkeit ist hier weit verbreitet.« Unter anderem der Jurist Manfred Bruns sprach dagegen. Die Einfügung wurde mit 50 zu 34 Stimmen abgelehnt. Auch die Nennung »einiger Migrationscommunities« als Brennpunkte der Homophobie wurde abgelehnt.

Oft wird nicht wahrgenommen, dass darunter selbstverständlich auch viele LSBTI sind. Sie erfahren häufig mehrfache Diskriminierung. Innerhalb der deutschen Mehrheitsgesellschaft erleben viele ungleiche Chancen und Rassismus, nicht selten auch in der LSBTI-Community. Der LSVD tritt Rassismus und Ausgrenzung kompromisslos entgegen.

In einigen Migrationscommunities wurden Menschen vom gesellschaftlichen Wandel in Bezug auf LSBTI weniger berührt als in anderen Teilen der Gesellschaft, insbesondere dann, wenn patriarchalische Familienstrukturen und rigide Religiosität tradiert werden. Es wurde lange auch keine gezielte Ansprache entwickelt, um Migrantinnen und Migranten am gesellschaftlichen Prozess der Enttabuisierung von Homosexualität teilhaben zu lassen und sie dabei mitzunehmen. Das muss sich deutlich ändern. Hierzu sind gezielte Aufklärungsmaßnahmen notwendig.

Migrant:innen als Bündnispartner gegen Rechts: Die 2010er Jahre

Neben die Forderung an »Migrationscommunities«, sich dem Thema Homophobie zu stellen, trat 2010 die Hervorhebung eines Dialogs mit Migrant:innenorganisationen und das Bemühen um Zusammenarbeit. 2018 heißt es im Programm: »Der LSVD führt den Dialog mit Migrantenorganisationen und beteiligt sich an Bündnissen gegen Rassismus.« Der LSVD sieht heute Migrantenorganisationen als wichtige Bündnispartner in seinem Konzept einer Bürgerrechtsbewegung und – in den letzten Jahren verstärkt – im Widerstand gegen einen Einflussgewinn der extremen Rechten. Der Kampf gegen die populistische und extreme Rechte ist seit den mittleren 2010er Jahren ins Zentrum der Verbandstätigkeit gerückt und bestimmt das Verhältnis zur migrantischen Bevölkerung und ihren Organisationen. Deutlich ist auch ein Akzentwechsel im Verhältnis zum Islam auszumachen: Islamophobie wird jetzt als Problem benannt und zwar neben Homophobie. Der LSVD bemüht sich um Vorsicht und Differenzierung im Umgang mit religiös-muslimisch begründeter Homophobie. Strebten extern geförderte Projekte früher die Aufklärung migrantischer Bevölkerungsgruppen an, setzen neuere Projekte mit der Organisierung von *Queer Refugees* (Bökle 2022 in diesem Band) und einer Vernetzung gegen Rechts (vgl. Rausch und Mertens 2018) den Schwerpunkt eher auf eine politische Mobilisierung.

Praktisch hat der LSVD bislang vor allem mit der *Türkischen Gemeinde in Deutschland* und dem *Türkischen Bund in Berlin-Brandenburg* zusammengearbeitet (daneben mit dem kleinen *Liberal-islamischen Bund*), weniger dagegen – nach unserem Kenntnisstand – etwa mit Zusammenschlüssen der kommunalen Ausländer- und Integrationsbeiräte. Erste Kontakte auf Bundesebene entstanden im Rahmen der Kampagne für eine deutsche Antidiskriminierungsgesetzgebung Mitte der 2000er Jahre.¹⁸ Seit 2016 begegnen sich die Organisationen auch im Rahmen des vom *Bundesministerium des Innern* koordinierten *Bündnis gegen Rassismus* (dort sind unter anderem die *Türkische Gemeinde*, kurdische Organisationen, der *Zentralrat der Muslime* und das *African Network* vertreten) und bei einzelnen Kampagnen.¹⁹

Hintergrund der Beteiligung am *Bündnis gegen Rassismus* war eine Erweiterung des *Nationalen Aktionsplans gegen Rassismus* um Homo- und Transphobie.²⁰ Eine solche Verknüpfung von Homophobie und Rassismus wurde Schritt für Schritt in die Programmatik des LSVD eingeführt. Bereits in den Wahlprüfsteinen 2002 wurden »Hassverbrechen« aufgrund von Ethnizität oder sexueller Orientierung als ein Problemkomplex thematisiert (vgl. Rundgespräch 2002:3). In den Folgejahren wurde die von einer Bielefelder Forscher:innengruppe um Wilhelm Heitmeyer entwickelte Konzeption der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* aufgegriffen und 2018 auch ins Programm übernommen. Die Vorstellung, dass Homophobie und Rassismus Ausdrucksformen desselben Phänomens sind, ist heute strategisch zentral. Sie stützt die Forderung nach einer Erweiterung von Aktionsplänen oder

18 Das Gesetz wurde 2006 verabschiedet. Zuvor hatten etliche Organisationen auf eine solche Gesetzgebung und insbesondere die Umsetzung einschlägiger EU-Richtlinien gedrängt. 2004 entstand ein »Informations- und Aktionsnetzwerk zum ADG«, an dem unter anderem der LSVD und Migrantenorganisationen (TBB, Zentralrat) teilnahmen (vgl. den LSVD-Tätigkeitsbericht 2004-2005:4).

19 Vgl. auch Steinert 2013, zur gemeinsamen Arbeit mit dem Sportverein *Türkiyemspor* gegen Homophobie. Die Verbandszeitschrift *Respekt* (Heft 24, 2017:15) berichtete über eine gemeinsame Kampagne mit *Türkischer Gemeinde* und *Liberal-islamischem Bund e.V.*, gefördert durch das Programm »Demokratie leben«. Hier wurden Postkarten in mehreren Sprachen mit dem Text: »Du willst Respekt? Ich auch« verbreitet.

20 Der 2009 verabschiedete *Nationale Aktionsplan der Bundesrepublik Deutschland zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und darauf bezogene Intoleranz* wurde entsprechend der Koalitionsvereinbarung der Großen Koalition 2017 erweitert um das Thema Homo- und Transphobie. Hierfür hatte sich der LSVD etliche Jahre eingesetzt.

Programmen gegen Rassismus und Antisemitismus um den Kampf gegen Homophobie.

Die politische Praxis des LSVD ist bestimmt von einem Nebeneinander von Aktivitäten gegen Diskriminierungen und extrem rechte Tendenzen sowie einer eher klassischen Integrationspolitik, die auf Aufklärung und Bewusstseinsbildung unter Eingewanderten setzt. Generell steht der LSVD einer aktiven staatlichen Integrationspolitik positiv gegenüber. Er ist optimistisch, dass diese dazu beitragen kann, die Toleranz für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und verschiedene Geschlechtsidentitäten zu erhöhen. Da der Begriff der »Integration« bezüglich der Stellung der eigenen Minderheit benutzt wurde, war und ist er positiv besetzt. »Emanzipation, Partizipation, Integration«, lautete lange Zeit ein zentrales Motto des Verbandes. Gemeint war hier die Integration gleichgeschlechtlicher Lebensweisen und der lesbischen und schwulen Minderheiten. Entsprechend wurden assimilationistische Ziele abgelehnt. Integration bedeute Gleichberechtigung »unter Anerkennung der kulturellen Differenz«, hieß es schon 1996 im Programm (SVD 1996a:2).²¹

Das frühe emphatische Bekenntnis zu einer Vielfalt von Lebensformen war eine Grundlage für die Anerkennung ethnischer Differenz. In Übereinstimmung mit der Konjunktur des Diversitätskonzepts wurde das Bekenntnis zur Vielfalt beziehungsweise nun Diversität noch einmal erweitert: »Im LSVD engagieren sich Menschen aus vielen Ländern, aus verschiedenen Kulturen und unterschiedlicher ethnischer Herkunft. Menschen mit und ohne Behinderung sind im LSVD aktiv. Jung und Alt bringen sich und ihre Perspektiven in unseren Verband ein.« (LSVD 2018b:4) Es fehlt allerdings weiterhin an einem Konzept zur Verwirklichung von mehr Diversität und gleichberechtigter Mitbestimmung innerhalb des Verbandes.

Migrant:innen im LSVD

Der (L)SVD wollte seit seinen Gründungsjahren Migrant:innen organisieren und für deren Rechte eintreten. So lud der junge Verband 1996 »die schwulen

21 Vgl. zum Konzept der Integration auch Engels 2016:6, die betont, alle müssten sich verändern. Es gehe darum, »manche unserer – teils nur mühsam gefundenen – Konsense wieder aufzuschnüren und mit den Hinzukommenden neue Übereinkünfte auszuhandeln, wie wir in Deutschland zusammen leben wollen.«

Immigranten in der Bundesrepublik ein, sich unter dem Dach des SVD für Emanzipation, Partizipation und Integration zu organisieren.« (SVD 1996b)

Im 2002 verabschiedeten Programm (und in folgenden Programmen) heißt es, im LSVD engagierten sich »Schwule und Lesben aus vielen Kulturen, vielen Ländern und unterschiedlicher ethnischer Herkunft«. Seit den 1990er Jahren wurden immer wieder Materialien zur Mitgliederwerbung erstellt, die sich an Migrant:innen richteten, und Publikationen in anderen Sprachen als Deutsch herausgegeben.²² 2016 wurde eine beitragsfreie Mitgliedschaft für Geflüchtete eingeführt und so eine Reihe neuer Mitglieder gewonnen.²³

Wie können wir diese Offenheit bereits in den 1990er Jahren erklären? Mitte der 1990er Jahre stand die Liberalisierung des Staatsangehörigkeitsrechts und damit die politische Anerkennung der Einwanderungsrealität auf der Tagesordnung. Dass Eingewanderte zur Gesellschaft gehörten, wurde zunehmend anerkannt, der SVD war also Teil eines breiteren Trends. Der SVD hatte zudem enge Beziehungen zur Grünen Partei, die eine Inklusion von Ausländer:innen propagierte.²⁴ Nicht alle zivilgesellschaftlichen Organisationen waren zu dieser Zeit derart demonstrativ offen. Beim (L)SVD machte sich der Einfluss von Traditionen der Schwulen- und Lesbenbewegung bemerkbar. Ein Grenzen überschreitendes Gemeinschaftsbewusstsein ist unter Schwulen und Lesben stark verankert. Epstein (1987:135) spricht diesbezüglich von einer »gay »ethnic identity«. Adam, Duyvendak und Krouwels (1999:370) argumentieren, »that gays and lesbians very often feel themselves to be »a people«, considering an attack on their brothers and sisters in another country as an attack on themselves«. Ein weiterer Faktor war, dass die Organisation binationaler Paare und von eingewanderten Schwulen und Lesben, die nach Möglichkeiten suchten, sich gemeinsam zu engagieren, ein nicht unwesentliches Mitgliederpotential für den zunächst noch kleinen Verband darstellte.

22 Im Dezember 1997 wurde eine türkischsprachige Broschüre des SVD NRW mit einem Text von Günter Dworek veröffentlicht (vgl. LSVD-Archiv Köln B4).

23 2016 wurden 9, 2017 15 solche Mitglieder gezählt (LSVD-Mitgliederstatistik seit 2002, unveröff.).

24 Der prominente Grüne Politiker Volker Beck gehörte zu den Gründungsmitgliedern und war lange Sprecher des SVD. Seit 1994 Abgeordneter im Bundestag, engagierte er sich für eine Liberalisierung des Ausländerrechts.

Migrantische Präsenz und Repräsentation

Wie erfolgreich war und ist der LSVD im Bemühen, Mitglieder mit Migrationsgeschichte zu gewinnen? Der LSVD kennt die Struktur seiner Mitgliedschaft kaum. Intern bekannt sind lediglich: regionale Verteilung, männliches oder weibliches Geschlecht, Alter, Beitragshöhe (als grober Hinweis auf die soziale Struktur) und Dauer der Mitgliedschaft. Es wurde bislang kein Versuch unternommen, zum Beispiel den Anteil von eingewanderten Mitgliedern zu erfassen. Führende Vertreter:innen des Verbandes halten ihn aktuell für gering. Allerdings gab es seit Mitte der 1990er Jahre eingewanderte Mitglieder, die schon damals auf Orts- und Landesebene gelegentlich in Vorstände gewählt wurden. So war beispielsweise Abdurrahman Mercan, einer der Gründer der *TürkGay-Gruppen* (s.u.), von 1999 bis 2001 Landessprecher des SVD NRW. Im Landesverband Berlin-Brandenburg waren Bali Saygili und Kati (Katayun) Pirdawari Mitglieder des Landesvorstands. Shahroch Reisi gehörte 2007 dem Landesvorstand in Hessen an, wo Piotr Zurek zeitweise Landessprecher war. Kyriakos Karapetros engagierte sich im Vorstand des Kölner LSVD und beteiligte sich wie auch Nikos Delveroudis sehr aktiv an der Entwicklung der frühen migrationspolitischen Positionen des LSVD. Beide waren auch in der griechischen Gruppe ERMIS (s.u.) aktiv. Gerade in den 1990er Jahren – zum Teil auch danach – spielte die Migrationspolitik eine zentrale Rolle in der Arbeit des Verbandes, und es waren in den Orts- und Landesverbänden vielfach Personen mit Migrationserfahrungen, die die Migrationspolitik mitbestimmten.

Auch im Bundesvorstand gab es Personen, die nach Deutschland eingewandert waren; sie machten diese Erfahrung allerdings zunächst nicht zum politischen Thema. Der in Frankreich geborene Jacques Teyssier gehörte schon 1996 dem Bundessprecherrat des SVD an und blieb bis 2008 Mitglied des Bundesvorstands (Hochrein 2014). Die in Polen geborene Halina Bendkowski war 1999 eine der ersten Frauen im LSVD und bis 2003 Mitglied des Bundesvorstands, engagierte sich im LSVD aber nicht in migrationspolitischen Fragen.²⁵ Als 2018 dann Timon Delawari im Rahmen seiner Kandidatur für den Bundesvorstand die eigene migrantische Biografie als relevante Erfahrung anführte, war das ein Novum. Er wies darauf hin, Sohn eines afghanischen Vaters zu sein, und erwähnte Diskriminierungserfahrungen (eigene Beobachtungen der Autorinnen). Eine Erhöhung des

25 Nach ihrer Zeit im Bundesvorstand gehörte sie zu den öffentlich besonders sichtbaren Vertreterinnen von Kopftuchverboten (vgl. Wikipedia-Autor:innen 2020).

Migrant:innenanteils im LSVD sei eines seiner Ziele. Auch Alfonso Pantisano, der 2019 in den Bundesvorstand gewählt wurde, hob seine Herkunft als Sohn italienischer Gastarbeiter hervor und erklärte, er wolle im LSVD stärkere Akzente auf den Kampf gegen Rassismus setzen, auch »innerhalb unserer community« (eigene Beobachtungen der Autorinnen).²⁶

Dass persönliche Migrations- und Rassismuserfahrungen wichtig für die politische Arbeit zum Beispiel eines Bundesvorstandes sein könnten, ist in der Organisation kein Gegenstand von (für die Autorinnen sichtbaren) Diskussionen. Die Diversifizierung des Vorstandes wurde auf den Verbandstagen nicht thematisiert. Allein die Repräsentation von Frauen war wiederholt Thema. Das verdeutlicht eine Diskrepanz zwischen deklarierten Zielen und realisierter Politik: Der LSVD beschreibt sich selbst zwar schon lange als divers und hat sich dafür ausgesprochen, Konzepte zu finden, »um diese Vielfalt bei sich stärker anzusprechen und zu fördern« (LSVD 2015)²⁷, bislang aber gibt es ein solches Konzept nicht. Die Diversifizierung des eigenen Verbandes wird nicht planmäßig und reflektiert verfolgt. Begriffe wie »interkulturelle Öffnung«, »rassismuskritische Öffnung« oder »Intersektionalität« spielen keine Rolle in den Verbandsdokumenten und -debatten.

Unter den Beschäftigten des Bundesverbandes gab es – soweit im Projekt feststellbar – bis 2018 nur einzelne Personen mit Migrationsgeschichte. Sie arbeiteten befristet in Migrationsprojekten. 2020 gab es einen außerhalb solcher Projekte beschäftigten migrantischen Mitarbeiter. In seinen beiden Geschäftsstellen beschäftigte der LSVD in den 2000er Jahren jeweils 6 bis (2019) 15 Personen.²⁸ Gezielte Maßnahmen zur Diversifizierung des Personals gibt es nicht. Insgesamt kontrastieren also einerseits eine frühzeitige Organisation von Migrant:innen und andererseits eine gewisse Passivität im Hinblick

26 Nach seiner Wahl äußerte er in einem Interview mit dem Berliner Szene-Magazin *Sie-gessäule*: »Noch dominieren im LSVD weiße, schwule Männer. Wir haben zum Beispiel keinen einzigen Menschen of Color im Vorstand. [...] Trotzdem müssen wir uns weiter öffnen und einen Raum schaffen, in dem sich alle queeren Menschen wohlfühlen und zu Wort melden. Auf der anderen Seite müssen auch mehr Frauen, mehr People of Color, mehr Menschen mit Migrationshintergrund nach vorne treten. Deshalb geht meine Einladung nach draußen: Kommt und engagiert euch!« (Pantisano 2020)

27 2019 erneuerte ein Editorial in der Verbandszeitschrift diesen Wunsch (Ulrich 2019).

28 Vor 2017 waren jeweils 6 bis 9 Personen beschäftigt, 2017 dann 14 und 2018-19 15 Personen, jeweils ohne Honorarkräfte und ehrenamtlich Mitarbeitende (vgl. die LSVD-Tätigkeitsberichte ab 2004).

auf die Repräsentation von Migrations- und Rassismuserfahrungen in Vorständen und Personal. Letztere führen wir sowohl auf eine gewisse Ratlosigkeit als auch einen geringen Veränderungsdruck zurück.

Innerhalb der Organisation gibt es heute keine Netzwerke, die migrantische Repräsentation innerhalb der Verbandsstrukturen einfordern. Früher wichtige migrantische Gruppen haben sich aufgelöst oder treten kaum noch in Erscheinung (dazu unten). Mitte der 2000er Jahre, als es Konflikte um politische Schwerpunkte und Repräsentation gab, verließen in Berlin unzufriedene migrantische Akteure den LSVD und gründeten eine eigene Organisation (s.u.). Im traditionell vielfältigen LSBTIQ-Bereich bietet eine aufgefächerte Organisationslandschaft viele Möglichkeiten, aktiv zu werden. Im Gegensatz zu anderen Feldern (beispielsweise dem der Arbeitnehmer:innenrechte) gibt es für Akteur:innen also Alternativen zum Kampf für Veränderungen in großen etablierten Organisationen. Auch der Veränderungsdruck von außen war bislang begrenzt. Als Organisation, die Reformen von Gesetzen und Politik erreichen will, blickt der LSVD vor allem auf Partner in Parteien und Ministerien sowie in der Zivilgesellschaft (vgl. Schönwälder et al. *fc*; Trembley, Paternotte & Johnson 2011). Hier sieht der Verband bislang seine Autorität durch eine mangelnde interne Diversität nicht bedroht. Im organisationalen Feld sind die Teile der LSBTIQ-Bewegung, die einer konsequenten Rassismuskritik höchste Priorität einräumen, für den Verband weniger wichtig als Akteur:innen in Staat und großen Parteien. Es entsteht kein hinreichender Druck, Projekte wie z.B. eine »rassismuskritische Öffnung« zu betreiben.²⁹ Zur Organisationsidentität des LSVD gehört es zudem, die Beschäftigung mit sich selbst und internen Konflikten als unerwünschte Ablenkung vom Kampf um eine Veränderung politischer und gesellschaftlicher Verhältnisse zu bewerten (vgl. Bökle & Schönwälder 2021).

Migrantische Gruppen im LSVD

Dennoch: Aufgrund seines anhaltenden Engagements in Fragen etwa des Asyl- und Ausländerrechts und seiner Offenheit für migrantische Gruppen konnte der LSVD immer wieder Personen mit Migrationsgeschichte anziehen. Migrant:innen sahen und sehen den (L)SVD auch als Partner, der ihnen

29 Ausführlicher diskutieren wir das Konzept des organisationalen Feldes und dessen Charakter und Bedeutung in Schönwälder et al. *fc*.

einen Rahmen bietet für eine eigenständige Organisation. Ab 1996 entstanden im LSVD beziehungsweise mit ihm verbunden Gruppen, die einen gemeinsamen nationalen Herkunftsbezug zum Ausgangspunkt nahmen.³⁰ Erste Ansätze gab es vor allem in NRW bzw. in Köln. Diese wurden dann anderswo übernommen. Neben der griechischen Gruppe *ERMIS*, die bis heute besteht, gab es die Gruppe *türkgay&lesbians*. Häufig erwähnt wird auch die Gruppe *Yachad*. Sie war keine eigentliche Migrant:innengruppe, sondern eine Gruppe jüdischer Lesben, Schwuler und Bisexueller, die zum Teil wohl auch Migrant:innen waren. Für kürzere Zeit und weniger öffentlichkeitswirksam gab es auch Gruppen von Personen aus dem Iran, dem ehemaligen Jugoslawien, Asien sowie dem russischsprachigen Raum.

Lokale Gruppen in unterschiedlichen Städten waren als Netzwerke miteinander verbunden. Eigene Logos und Veröffentlichungen verdeutlichen den Wunsch, sich als eigenständige Formation zu präsentieren. Typische Ziele solcher Gruppen waren eine gegenseitige Unterstützung sowie die Herausbildung und Stärkung von Gemeinschaftsbewusstsein, auch durch Freizeitaktivitäten. Eine größere Aktivität war die Organisation einer »interkulturellen Woche« beim 2002 in Köln stattfindenden »Europride«. Die Veranstaltungen sollten zur »Integration« beitragen und in der Öffentlichkeit auf die »spezifischen Probleme« von »lesbischen, schwulen und Transgender-MigrantInnen aus der ganzen Welt« aufmerksam machen.³¹ Der 2003 gemeinsam von LSVD und den *Gays and Lesbians aus der Türkei* (Gladt) organisierte *Erste Kongress türkeistämmiger Homosexueller* illustriert das aktive Community Building.

»Homosexuelle Gruppen wie TürkGay&Lesbians LSVD wollen mit Öffentlichkeitsarbeit das Schweigen brechen«, sie wollten »die Identität der homosexuellen TürkInnen stärken« sowie Vorurteile unter Türkeistämmigen und

30 1994 war auch eine unabhängige, ethnisch plurale »Schwul-lesbische Internationale« entstanden (vgl. die Gründungserklärung vom 1. Mai 1995, LSVD Archiv Köln). Die Gründungsversammlung fand am Rande eines von der Deutschen Aidshilfe veranstalteten Seminars statt. 1999 bildete sich in Berlin ein Arbeitskreis »MigrantInnen unterschiedlicher sexueller Orientierungen«, in dem neben dem LSVD auch die Aids-Hilfe Berlin vertreten war (vgl. LSVD BB, Archiv; Bächler 2001).

31 Dokument »Europride 2002 Cologne – die Highlights« in LSVD-Archiv Köln B8. Die Woche fand vom 23. bis 29. Juni 2002 statt und wurde in Kooperation mit der Aids-Hilfe NRW durchgeführt. Eine Podiumsdiskussion befasste sich mit unterschiedlichen Konzeptionen sexueller Identität, dies wurde vom LSVD intensiv konzeptionell vorbereitet (vgl. die Dokumente in LSVD Archiv Köln B8).

Deutschen abbauen, schrieb 2004 ein Aktivist (Mercan 2004:159f.). Den Gruppen gemeinsam war das Ziel, spezielle soziokulturell informierte Kontakt- und Beratungsstellen durchzusetzen (Mercan 2004:160-2); sie selbst boten die Gelegenheit, sich unter Menschen aufzuhalten, die ähnliche Erfahrungen gemacht hatten. Zu diesen Erfahrungen gehörte die mehrfache Diskriminierung. Ein migrantischer Aktivist erläuterte in seiner Rede beim jährlichen LSVD-Verbandstag 2002:

»Neben der Auseinandersetzung im eigenen soziokulturellen Umfeld [müssen] schwul-lesbische oder Transgender MigrantInnen auch mit Vorurteilen aus dem deutschen Umfeld fertig werden. Diese Vorurteile beschränken sich nicht nur auf ihr ›Anderssein‹ in ihrer Sexualität, sondern [gelten] auch [...] ihrem ›Anderssein‹ als nicht Deutsche. Wir sprechen hier von einer doppelten bzw. von einer dreifachen Belastung.« (LSVD Archiv Köln A3)

Vor allem griechische Migrant:innen waren an einer ethnischen Gruppierung auch deshalb interessiert, weil sie die LSBTIQ-Politik in Griechenland beeinflussen wollten, indem sie dort eine Organisation nach dem Vorbild des LSVD gründeten. Sie betrachteten dieses Engagement gleichzeitig nicht als Alternative zum Eingreifen in die deutsche Politik. Insbesondere auf die Migrations- und Asylpolitik wollten migrantische Akteur:innen in diesen Gruppen mit und durch den LSVD einwirken (Delveroudis 2006). Mit dem LSVD verbundene herkunftsbezogene Gruppen gab es vor allem zwischen den mittleren 1990er und den mittleren 2000er Jahren. Im Juni 2005 fand noch ein Bundestreffen von ERMIS-Gruppen statt. *TürkGay&Lesbians*-Gruppen bemühten sich im gleichen Jahr um eine bundesweite Vernetzung (vgl. Meldungen in Respekt H. 2, 2005:4).

Verschiedene Gründe führten in den folgenden Jahren zur abnehmenden Präsenz dieser Gruppen. ERMIS erreichte mit der Organisationsgründung in Griechenland ein wichtiges Ziel, und tragende Aktivist:innen kehrten in ihr Heimatland zurück. In den *TürkGay&Lesbians*-Gruppen gab es Enttäuschung über das Ausmaß der Unterstützung durch den Verband. So forderte etwa Abdurrahman Mercan (2004: 159), einer der Gründer dieser Gruppen, der LSVD solle die bundesweite Vernetzung und Koordinierung der Gruppen aktiv unterstützen. In Berlin verließen Mitglieder dieser Gruppe schließlich den Verband und gründeten eine eigene migrantische Organisation: *Gladt*. Diese neue Organisation forderte, dass der Rassismus in Deutschland und die Emanzipation und Partizipation Diskriminierter im Mittelpunkt stehen müs-

se – und nicht die Einflussnahme auf vermeintlich besonders homophobe »Migrant:innencommunities« in Deutschland.

In Berlin spielte bei der Gründung ethnischer Gruppen in der Führung des LSVD die strategische Idee eine Rolle, einen Akteur zu formieren, der die Aufklärung ethnisch Gleicher betreiben sollte.³² Migrant:innen wehrten sich allerdings dagegen, die Verantwortung für die Erhöhung der Toleranz gegenüber Schwulen und Lesben innerhalb der »türkischen Migrationscommunity« zu übernehmen. Dem LSVD wurde darüber hinaus die Legitimität abgesprochen, die Interessen von Migrant:innen zu vertreten, da er mit seinen Kampagnen versuche, »unsere sexuelle oder Geschlechtsidentität von unserer ethnischen Identität zu trennen« (GLADT 2004).³³ Im Interview mit den Autor:innen berichtete ein migrantischer Aktivist über Frustrationen: Der Verband profitiere zwar von den Aktivitäten, gewähre aber keine gleichberechtigte Teilhabe.

Neben solchen Konflikten könnte ein weiterer Grund für die abnehmende Bedeutung migrantischer Gruppen im LSVD sein, dass bestimmte Bedürfnisse, die sie aufgriffen (etwa die Nachfrage nach einer zielgruppenspezifischen Beratung) heute besser durch unterschiedliche Beratungsangebote abgedeckt werden, als dies in den 1990er Jahren der Fall war. Es entfällt damit ein Motiv für die Gründung solcher Gruppen. Ein Beteiligter kommentiert die Gründung migrantischer Organisationen so:

»Naja, ich meine, GLADT und andere Organisationen entstanden, weil bestehende Organisationen diese Angebote nicht entwickelt und auch nicht angeboten haben. Da haben wir eine große Lücke entdeckt. Und wir haben ja in unterschiedlichen Organisationsräumen, also bei den unterschiedlichen Vereinen uns ja getroffen. Und die sind aber selbst sozusagen nicht auf den Gedanken gekommen, dass man Zusammenarbeit vertiefen und gemeinsam vielleicht solche Angebote entwickeln kann aufgrund dessen, weil es solche Angebote nicht gegeben hat [...] Wenn die anderen nichts machen

32 Vgl. auch die – dann nicht angenommene – Beschlussvorlage für den LSVD Berlin-Brandenburg von 2010: »kommt lesbischen und schwulen Selbsthilfegruppen eine große Bedeutung zu für die Aufklärungsarbeit in den verschiedenen Einwanderercommunities« (LSVD BB 2010:10, 363).

33 Unter den Autor:innen des Buchs waren allerdings eine Reihe migrantischer Personen, auch prominente türkeistämmige Politiker wie Ozan Ceyhan und Kenan Kolat. Es wurden hier auch strategische Differenzen unter Personen mit Einwanderungsgeschichte deutlich.

wollen, wir machen diese Arbeit für uns selbst. Wir übernehmen die Verantwortung für uns selbst, und wir entwickeln Gemeinsamkeit mit unterschiedlichen Leuten, die genauso ähnlich denken wie wir, neue Angebote, also Angebote, die es bis jetzt nicht gegeben hat. Das war der Grund, weshalb sozusagen solche Institutionen wie SI, dann SLIB und dann später GLADT und auch weitere Organisationen dazugekommen sind. Das ist, glaube ich, auch ein Grund, weshalb später MILES, weshalb später LesMigraS oder Angebote bei der Schwulenberatung dazugekommen sind – so auch jetzt im Bereich Flüchtlinge –, dass die Organisationen anscheinend doch früher reagiert haben als damals, dass z.B. eine Unterkunft für lesbisch-schwule migrantische Geflüchtete in Berlin [...]. Das macht deutlich, glaube ich, dass sie sie ein bisschen was zumindest dazugelernt haben.« (Interview mit den Autorinnen 2020)

Für den Bedeutungsverlust migrantischer Gruppen spielt auch eine Rolle, dass der LSVD sich in erster Linie nicht als Selbsthilfe- und Dienstleistungsorganisation, sondern als politische Lobbyorganisation versteht. Er bietet auf Bundesebene im Grunde keine langfristige Basis für eine auf Selbsthilfe, Beratung und Hilfe für Neuankommende konzentrierte Organisation – ein wichtiges, allerdings nicht das einzige Motiv migrantischer Gruppen. 2020 nutzen selbstständige Gruppen wie die russischsprachige Gruppe *Quarteera* zum Beispiel die Räumlichkeiten des LSVD-Zentrums MILES in Berlin – das auch dafür durch das Land Berlin gefördert wird –, verstehen sich aber eher nicht als Teil des LSVD. In manchen Landesverbänden gibt es noch 2020 besondere Gruppen für Migrant:innen (zum Beispiel die *Migrationsgruppe Strangers are Friends* im LSVD Saar oder die *rainbow connection – the meeting point for queer internationals and friends* im LSVD Sachsen-Anhalt). Diese lokalen Treffpunkte sind, anders als die Gruppen der 1990er Jahre, nicht miteinander vernetzt.

Auf Initiative des LSVD ist 2017 die Gruppe *Queer Refugees Deutschland* neu entstanden. Der LSVD konnte hierfür Fördermittel des *Bundesamts für Migration und Flüchtlinge* nutzen. Das Projekt verfolgt neben der Einrichtung einer bundesweiten Lotsenstelle für LSBTI-Geflüchtete, einer Rechtsberatung und der Beratung von Einrichtungen für Geflüchtete auch das langfristige Ziel, eine LSBTI-Migrant:innen-Selbstorganisation zu initiieren. Bei einem ersten Treffen 2017 waren »insgesamt 13 Teilnehmende aus sieben Herkunftsländern [...] aus sechs Bundesländern angereist, um dieses neue, in Deutschland einzigartige Netzwerk zu initiieren und LSBTI-Geflüchteten eine eigene politi-

sche Stimme zu geben.«³⁴ (Raza & Dörr 2019:24) Im Jahr 2021 ist noch offen, ob und in welcher Form die Gruppe weiter existieren wird. Der LSVD will sie nicht als eigene Struktur innerhalb des Bundesverbandes etablieren oder einen selbstständigen Verein substanziell unterstützen. Diese Politik geht nicht auf einen reflektierten Lernprozess – also eine gemeinsame Bewertung der Erfahrungen mit migrantischen Gruppen – zurück, spiegelt aber einen längerfristigen Diskussionsprozess über das Selbstverständnis des LSVD.

1996 hatte der Bundessprecherrat den SVD sowohl als »Bürgerrechtsverband« wie auch als »Wohlfahrts- und Wohlfühlverband« beschrieben, der sich in der Opferhilfe und der Arbeit mit Alten, Jugend und Migrant:innen engagieren wollte und auch gesellige Bedürfnisse bediente (LSVD Archiv Köln A6). 2005 argumentierte der führende konzeptionelle Denker des Verbandes dann, »lebensweltliche Themen« wie Migration, Jugend und Ähnliches sollten aufgegriffen, jedoch »der Primat der Politik nicht vernachlässigt werden«.³⁵ Die Akzente verschoben sich deutlich in Richtung Politik als politische Lobbytätigkeit. Migrantische Selbstorganisation wurde immer wieder assoziiert mit Selbsthilfe und ihr politischer Charakter angezweifelt. Sie zu unterstützen wurde in dieser Logik nicht als vorrangige Aufgabe begriffen. Im Kreis der in diesem Bereich Aktiven produzierte diese Prioritätensetzung – wie bereits im Fall früherer migrantischer Gruppen – enttäuschte Erwartungen. Der Verband schmückte sich mit der neuen Gruppe, engagierte sich aber nicht hinreichend für deren Professionalisierung und ignorierte sie eher, kommentierte im Interview mit den Autorinnen ein:e Aktivist:in der *Queer Refugees Deutschland*.

Migrant:innen engagierten sich im (L)SVD also auf unterschiedlichen Ebenen und in unterschiedlicher Weise. Gruppen von Migrant:innen entstanden zunächst Ende der 1990er Jahre entlang gemeinsamer Herkunft oder Sprache, im Jahr 2017 aus geteilter Flucht- und Einwanderungserfahrung. Der LSVD bot Raum für solche Gruppen, die sich zuerst auf Angebote der Selbsthilfe konzentrierten. Initiativen, die Gruppen nachhaltig im Verband

34 Bericht des Ersten bundesweiten Vernetzungstreffens von geflüchteten LSBTI-Aktivist:innen in Köln, <https://www.queer-refugees.de/wie-koennen-wir-unseren-aktivismus-fuer-die-menschenrechte-von-lsbt-in-deutschland-fortsetzen/> (Zugriff: 14.09.2021).

35 Impulsreferat von Günter Dworek, *Die Zukunft des LSVD*, hier nach dem Protokoll des Bund-Länder-Treffens. Dort heisst es: »Die Themen Jugend, Migration u. ä. lebensweltliche Themen müssen betreut und aufgegriffen werden, doch darf der Primat der Politik nicht vernachlässigt werden. Projekt- und Selbsthilfearbeit sind wichtig, damit wir Praxis vorweisen können (Unterbau).« (LSVD-Archiv Köln 2005:8).

zu etablieren, konnten sich nicht durchsetzen. Strukturen migrantischer Repräsentation in den Gremien des Verbandes wurden bislang nicht gefordert. Es existiert keine überregionale Vernetzung migrantischer Akteure im Verband. Im Gegensatz zu anderen Organisationen (etwa einzelnen Gewerkschaften, vgl. Albrecht & Karakayali 2022, in diesem Band) hat der LSVD bisher keine formalisierten Gremien oder eine Interessenvertretung eingeführt. Diese gibt es allerdings heute auch für keine andere Gruppe im LSVD. Eine Vertretung von Migrant:innen in Vorständen ist nicht formell vorgesehen. Weder interner Druck durch migrantische Gruppen und Mitglieder noch externer Druck aus dem organisationalen Feld waren stark genug, um solche Maßnahmen zu veranlassen.

Bilanz: Offenheit, Vielfalt und ihre Grenzen

Veränderte sich der LSVD in und durch die Auseinandersetzung mit Migrationsprozessen und der zunehmenden gesellschaftlichen Vielfalt in Deutschland? Ja und nein. Seit seiner Gründung 1990 hat sich der (L)SVD anhaltend in migrationspolitische Entwicklungen eingemischt und Migrant:innen aktiv unterstützt. Er hat mit den gestärkten Aufenthaltsrechten ausländischer Partner:innen in gleichgeschlechtlichen Beziehungen im Lebenspartnerschaftsgesetz und beim Umgang mit aufgrund ihrer sexuellen und geschlechtlichen Identität verfolgten Asylbewerber:innen Erfolge erreicht. In diesem Sinne ist der LSVD selbst kollektiver Akteur des Wandels der deutschen Gesellschaft.

Weniger initiativ ist der Verband im Hinblick auf die Veränderung der Organisation selbst. Er illustriert auch die in der Literatur immer wieder gezeigte Tendenz von Organisationen, an Routinen und etablierten Strukturen festzuhalten (vgl. zum Beispiel Stainback, Tomaskovic-Devey & Skaggs 2010). Als Mitglieder sind etliche Menschen mit Migrationsgeschichte aktiv geworden. Allerdings entspricht ihr Anteil wohl nicht dem in der gesamten Gesellschaft. Der LSVD erreicht also diese Bevölkerungsgruppe nur eingeschränkt. In Vorständen – vor allem auf lokaler Ebene – waren und sind eingewanderte Mitglieder vertreten. Auch hier aber spiegelt sich deren Unterrepräsentation im Verband. Bislang ist keine gezielte Strategie entwickelt worden, um eine stärkere Präsenz zu erreichen und die Perspektiven und Interessen von eingewanderten sowie potenziell und real rassistisch diskriminierten Personen stärker aufzunehmen.

Allerdings bemüht sich der LSVD seit 2015/16 aktiv um die Organisation Geflüchteter. Migrant:innen haben sich wiederholt in eigenen, mit dem LSVD verbundenen Gruppen organisiert. Hierfür war und ist der Verband offen, verzichtet aber gleichzeitig darauf, solche Strukturen zu verstetigen und formelle Repräsentation vorzusehen. Der Umgang mit einer potenziell wachsenden internen Heterogenität, die aktive Herstellung interner Integration und Loyalität sind noch nicht zu Themen der Organisationsentwicklung geworden. Merkbar verändert hat sich hingegen die Kooperationskultur. Unter den Partner:innen, mit denen der LSVD zusammenarbeitet, spielen heute einige migrantische Organisationen eine wichtige Rolle. Im Zuge einer intensivierten Bündnispolitik gegen rechtspopulistische und weiter rechtsaußen angesiedelte Kräfte könnten solche Kooperationsformen an Bedeutung gewinnen.

Die Deutung von Migration und ihren Konsequenzen im und durch den Verband war zeitweise umstritten, und es wurden unterschiedliche Akzente gesetzt. Wie oben gezeigt, koexistierte Solidarität mit schwulen und lesbischen Migrant:innen mit Ängsten vor zunehmender Gewalt gegen die eigene Gruppe und einem Abbau erreichter Freiheiten infolge der Einwanderung. Teile der Mitgliedschaft verlangten zeitweise eine aggressivere, migrationskritische Positionierung. Als Mitgliederorganisation wird der Verband nicht nur von strategischen und taktischen Überlegungen der Führung, sondern eben auch von den Interessen der aktuellen Mitgliedschaft geprägt – die zu integrieren Existenzbedingung sein kann. Im Rahmen eines durchaus konflikthaften Lernprozesses setzte sich – unter Bezug auf die Kernidentität des Verbandes als Bürgerrechtsorganisation einer Minderheit – eine Position durch, die die Gemeinsamkeiten diskriminierter Minderheiten hervorhebt und Stigmatisierungen ablehnt. Hier erwies sich der LSVD also in gewisser Weise letztlich als differenzaffine Organisation. Eigene Erfahrungen und deren Deutung im Rahmen der Organisationsidentität bieten Anknüpfungspunkte für eine Sensibilität gegenüber unterschiedlichen Formen der Ausgrenzung und für eine Hervorhebung von Gemeinsamkeiten. Wie Armstrong in den USA gezeigt hat, gilt Vielfalt in der Schwulenbewegung typischerweise nicht als bedrohlich, da sie eine Logik der »unity through diversity« ausbildete. Mit der Betonung der Vielfalt der eigenen Lebensstile sei paradoxerweise Differenz als Grundlage von Ähnlichkeit definiert worden. Schwulen und Lesben allgemein galten als Individuen, die nach individueller Freiheit strebten. »Difference« was defined, paradoxically, as a point of similarity. Gays and lesbians were all individuals in search of freedom of expression.« (Armstrong 2002:3)

Das Engagement gegen Rassismus diene darüber hinaus auch schwul-lesbischen Gruppeninteressen: Rassismus und Homophobie betrachtet der LSVD als zwei Aspekte eines Phänomens. Kämpfe gegen Rassismus und Homophobie erscheinen so miteinander verbunden. Hinzu kommt, dass im organisationalen Feld um Bürgerrechte und Menschenrechte, in dem sich der LSVD platziert, die Positionsbestimmung gegen Rassismus und für eine Partizipation von Migrant:innen zunehmend zur Norm wurde, der zu entsprechen auch Bedingung des eigenen politischen Einflusses ist. Der LSVD war und ist offen für Vielfalt und engagiert in migrationspolitischen Fragen. Was genau eine solche Offenheit aber bedeutet, muss immer wieder ausgehandelt werden. Sie durchzusetzen bedeutet, Barrieren zu beseitigen, die auch wieder neu entstehen können. Erklärte Offenheit und migrationspolitisches Engagement gehen nicht automatisch einher mit einem Wandel der zivilgesellschaftlichen Organisation selbst, auch dies illustriert diese Fallstudie.

Literatur und Quellen

- Adam, Barry D.; Duyvendak Jan W.; Krouwel, André (1999): Gay and Lesbian Movements Beyond Borders? National Imprints of a Worldwide Movement. In: Adam, Barry D.; Duyvendak Jan W.; Krouwel, André (Hg.) *The Global Emergence of Gay and Lesbian Politics. National Imprints of a Worldwide Movement*. Philadelphia: Temple University Press, S. 344-371.
- Aglamaz, Lütfi (2008): Unverstanden, mehrfach diskriminiert. Schwerpunkte psychosozialer Beratung für türkischsprachige Lesben und Schwule. *Respekt* 8: S. 6.
- Armstrong, Elizabeth Ann (2002): *Forging Gay Identities. Organizing Sexuality in San Francisco, 1950-1994*. Chicago: University of Chicago Press.
- Bächler, Arnd (2001): Arbeitskreis von Migrant/innen unterschiedlicher sexueller Orientierungen AMUSO. In: Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport (Hg.) *Lebenswelten von Migrantinnen und Migranten in Berlin*. Berlin, S. 72-73.
- Bökle, Sanja (2022): Migrantische Gruppen als Lösung des Repräsentationsproblems? Das Beispiel queerer Geflüchteter im LSVD. In: von Unger, Helga; Baykara-Krumme, Helen; Karakayali, Serhat; Schönwälder, Karen (Hg.) *Organisationaler Wandel durch Migration? Zur Diversität in der Zivilgesellschaft*. Bielefeld: transcript.

- Bökle, Sanja; Schönwälder, Karen (2021): Macht Minderheitenstatus differenzaffin? Das Beispiel einer schwul-lesbischen Organisation in Deutschland. In: Blättel-Mink, Birgit (Hg.) *Gesellschaft unter Spannung. Verhandlungen des 40. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 2020*. https://publikationen.sozioologie.de/index.php/kongressband_2020/article/view/1372/1635.
- Bozic, Ivo (2008): Das große Schweigen. Homophobe türkische Jugendliche und die Angst vor Rassismusvorwürfen. *jungle world*, 26. Juni 2008.
- Bruns, Manfred (2008): Asylrecht für Lesben und Schwule. *Respekt* 8: S. 14.
- Butler, Judith (2010): Abschrift der Rede von Judith Butler auf dem CSD in Berlin am 19.06.2010. <https://transgenialercsd.wordpress.com/2010/06/19/judith-butler-lehnt-zivilcouragepreis-ab/> (Zugriff: 14.09.2021).
- Delveroudis, Nikos (2006): Acht Jahre Aufklärung und Selbsthilfe. *Respekt* 5: S. 8.
- Dennert, Gabriele; Leidinger, Christiane; Rauchut, Franziska (2007): *In Bewegung bleiben. 100 Jahre Politik, Kultur und Geschichte von Lesben*. Berlin: Quer-Verlag.
- Dörr, Patrick; Raza, Lilith (2019): LSBTI-Geflüchteten zu ihrem Recht verhelfen. Projekt »Queer Refugees Deutschland«. *Respekt* 26: S. 12.
- Dworek, Günter (2013): Aufgebrochen aus Ruinen. Der Weg vom Schwulenverband in der DDR zum Lesben- und Schwulenverband in Deutschland. In: Pretzel, Andreas; Weiß, Volker (Hg.) *Zwischen Autonomie und Integration. Schwule Politik und Schwulenbewegung in den 1980er und 1990er Jahren*. Hamburg: Männerschwarm Verlag.
- Engels, Henny (2016): Integration heißt zusammen wachsen wollen. *Respekt* 23: S. 6.
- Epstein, Steven (1987): Gay Politics, Ethnic Identity. The Limits of Social Constructionism. *Socialist Review* 93: S. 9-54.
- GLADT (2004): *Homophobie rechtfertigt nicht Rassismus! Erklärung anlässlich des Erscheinens des vom LSVD Berlin-Brandenburg herausgegebenen Buches »Muslime unter dem Regenbogen«*. www.etuxx.com/diskussionen/foo254.php (Zugriff: 14.09.2021).
- Haritaworn, Jin (2011): Queer Injuries: The Racial Politics of »Homophobic Hate Crime« in Germany. *Social Justice* 37 (1): S. 69-89.
- Hassani, Angelika (2008): Vielfältige Stimmen im Islam. Homosexuellenfeindlichkeit ist kein originär muslimisches Konzept. *Respekt* 8: S. 7.

- Haunss, Sebastian (2004): *Identität in Bewegung. Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hochrein, Axel (2014): Jacques-Teyssier-Preis. *Respekt* 21: S. 17.
- Hoebel, Thomas (2012): Politische Organisationen. In: Apelt, Maya; Tacke, Veronika (Hg.) *Handbuch Organisationstypen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 63-90.
- Jetz, Klaus (2006): Selbstmordgedanken und Antidepressiva. *Respekt* 5: S. 12-13.
- Jetz, Klaus (2008): »Für Respekt und Selbstbestimmung«. Migration und Integration als Themen des LSVD. *Respekt* 8: S. 4.
- Jetz, Klaus (2010): Kampf für eine bessere Zukunft. Arsham Parsi und die Arbeit der iranischen Exilorganisation IRQR. *Respekt* 13: S. 21.
- Küppers, Carolin; Bundesstiftung Magnus Hirschfeld (Hg.) (2019): *Refugees & Queer. Forschung und Bildung an der Schnittstelle von LSBTTIQ, Fluchtmigration und Emanzipationspolitiken*. Bielefeld: transcript.
- [LSVD] Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (o.J.): *LSVD-Mitgliederstatistik*, unveröff. Dokument, den Autorinnen zur Verfügung gestellt.
- [LSVD] Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (o.J., ca. 2003): *Tätigkeitsbericht des LSVD-Bundesvorstands für das Jahr 2002*, unveröff. Dokument.
- [LSVD] Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (o.J.): *Tätigkeitsbericht für die Geschäftsjahre 2002-2003*. o.O., unveröff. Dokument.
- [LSVD] Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (o.J., ca. 2004): *Tätigkeitsbericht des LSVD-Bundesvorstands für das Jahr 2003*, unveröff. Dokument.
- [LSVD] Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (o.J., ca. 2005): *Tätigkeitsbericht des LSVD-Bundesvorstandes für 2004/2005*, o.O., unveröff. Dokument.
- [LSVD] Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (o.J.): *Tätigkeitsbericht des LSVD-Bundesvorstandes für 2005/2006*. o.O.
- [LSVD] Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (2007): *Tätigkeitsbericht des LSVD-Bundesvorstandes für 2006/2007*. Köln.
- [LSVD] Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (2008): *Tätigkeitsbericht des LSVD-Bundesvorstandes für 2007/2008*. Köln.
- [LSVD] Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (2009): *Tätigkeitsbericht des LSVD-Bundesvorstandes für 2008/2009*. Köln.
- [LSVD] Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (2010): *Tätigkeitsbericht des LSVD-Bundesvorstandes für 2009/2010*. Köln.

- [LSVD] Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (2011): *Tätigkeitsbericht des LSVD-Bundesvorstandes für 2010/2011*. Köln.
- [LSVD] Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (2016a): *Tätigkeitsbericht des LSVD-Bundesvorstandes für 2015/2016*. Köln/Berlin.
- [LSVD] Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (2017a): *Tätigkeitsbericht des Bundesvorstandes, LSVD-Verbandstag 2017*. Köln.
- [LSVD] Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (2018a): *Tätigkeitsbericht des Bundesvorstandes, LSVD-Verbandstag 2018*. Köln.
- [LSVD] Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (2019): *Tätigkeitsbericht des Bundesvorstandes, LSVD-Verbandstag 2019*. Köln.
- [LSVD] Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (2002): *Das Programm und noch viel mehr*. Berlin.
- [LSVD] Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (2006a): *Für Respekt und Selbstbestimmung – Migrationspolitisches Papier des LSVD*. Resolution des Verbandstags am 25.03.2006. Köln.
- [LSVD] Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (2006b): *Islamische Organisationen müssen Hass und Gewalt eine Absage erteilen*. Resolution des Verbandstags am 25.03.2006. Köln.
- [LSVD] Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (2010): *Gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt. Programm des Lesben- und Schwulenverbandes in Deutschland (LSVD)*. Berlin.
- [LSVD] Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (2011): *Verfolgten Schutz geben*. Resolution des Verbandstags am 03.04.2011. Köln.
- [LSVD] Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (2015): *LSVD-Perspektive 2020*. Resolution des Verbandstags am 25./26.04.2015.
- [LSVD] Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (2016b): *Flüchtlinge schützen – Integration fördern*. Resolution des Verbandstags am 16.04.2016. Köln.
- [LSVD] Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (2019): *Verfolgte LSBTI-Geflüchtete schützen. Systematische Information über LSBTI-Verfolgung als Asylgrund im Asylverfahren und über den besonderen Schutzbedarf bei der Unterbringung*. Resolution des LSVD-Verbandstags 2019.
- [LSVD] Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (2017b): *Das Programm und noch viel mehr*. Berlin.
- [LSVD] Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (2018b): *Menschenrechte, Vielfalt und Respekt. Programm des Lesben- und Schwulenverbandes in Deutschland (LSVD)*. Köln.

- [LSVD] Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (2005b): Protokoll des Bund-Länder-Treffens Berlin, 15./16.10.2005, o.O., unveröff. Dokument.
- [LSVD] Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (versch. Jahre), Protokolle der LSVD-Verbandstage, unveröff. Dokumente.
- [LSVD BB] Lesben- und Schwulenverband in Deutschland Berlin-Brandenburg (2003a): *Schluss mit Diskriminierung und Gewalt. LSVD: Migranten müssen Verhältnis zu Homosexualität klären*. Pressemitteilung 18.07.2003. Berlin.
- [LSVD BB] Lesben- und Schwulenverband in Deutschland Berlin-Brandenburg (2003b): *Dokumentation: 1. Bundeskongress türkeistämmiger Homosexueller*. Berlin.
- [LSVD BB] Lesben- und Schwulenverband in Deutschland Berlin-Brandenburg (2006): *Respekt ist Pflicht! LSVD: Einbürgerungsgespräche auch in Berlin einführen*. Pressemitteilung 06.01.2006. Berlin.
- [LSVD BB] Lesben- und Schwulenverband in Deutschland Berlin-Brandenburg (2010): *Für Respekt und Selbstbestimmung*. Migrationspolitisches Strategiekonzept des LSVD Berlin-Brandenburg. Entwurf. Antrag an die Mitgliederversammlung am 27.11.2010. unveröff. Dokument, direkt den Autorinnen zur Verfügung gestellt.
- [LSVD BB] Lesben- und Schwulenverband in Deutschland Berlin-Brandenburg (2011): *Für Freiheit und Selbstbestimmung – gegen Homophobie und Rassismus in der Metropolenregion Berlin*. Migrationspolitisches Papier, Resolution der Mitgliederversammlung am 05.07.2011. unveröff. Dokument, direkt den Autorinnen zur Verfügung gestellt.
- LSVD-Sozialwerk e.V. (Hg.) (2000): *Da geht's lang. Ein Beratungsführer für gleichgeschlechtliche binationale Paare*. Berlin.
- Mercan, Abdurrahman (2004): Identität und Emanzipation bei türkischen Homosexuellen am Beispiel von TürkGay&Lesbian LSVD. In: LSVD Berlin-Brandenburg e.V. (Hg.) *Muslime unter dem Regenbogen. Homosexualität, Migration und Islam*. Berlin: Querverlag.
- Neumann, Annelie (2019): Queer Refugees Chemnitz. *Respekt* 26: S. 31.
- Pantisano, Alfonso (2020): 30 Jahre Lesben- und Schwulenverband: »Wieder öfter auf die Straße« (Interview). *Siegessäule*, Heft 2, Februar.
- Paternotte, David; Warner, Nigel; Barris, Stephen (o.J.). The History of ILGA 1978-2012. *ILGA World – The International Lesbian, Gay, Bisexual, Trans and Intersex Association*. <https://ilga.org/ilga-history> (Zugriff: 14.09.2021).
- Pfarr, Martin (2008): Von Abschiebung bedroht. Missachtung Eingetragener Partnerschaften. *Respekt* 11: S. 21.

- Pretzel, Andreas; Weiß, Volker (Hg.) (2013): *Zwischen Autonomie und Integration. Schwule Politik und Schwulenbewegung der 1980er und 1990er Jahre*. Hamburg: Männerschwarm Verlag.
- Pretzel, Andreas; Weiß, Volker (Hg.) (2017): *Politiken in Bewegung. Die Emanzipation Homosexueller im 20. Jahrhundert*. Hamburg: Männerschwarm Verlag.
- Rampf, Renate (2005): Homosexualität in Migrationsfamilien. *Respekt* 2: S. 23.
- Rampf, Renate; Steinert Jörg (2005): Cigdem ist lesbisch, Vera auch. *Respekt* 1: S. 21.
- Rausch, Jürgen; Mertens, René (2018): Rechtspopulismus entgegenwirken. *Respekt* 25: S. 8-9.
- Raza, Lilith; Dörr, Patrick (2019): Vernetzung, Beratung, Unterstützung. Projekt »Queer Refugees Deutschland«. *Respekt* 26: S. 12.
- Respekt. Verbandszeitschrift des LSVD, verschiedene Ausgaben ab 2005.
- Rundgespräch. Verbandszeitschrift des LSVD, verschiedene Ausgaben 1996-2005.
- Saadat-Lendle, Saideh; Çetin, Zülfukar (2014): Forschung und Soziale Arbeit zu Queer mit Rassismuserfahrungen. In: Bundesstiftung Magnus Hirschfeld (Hg.) *Forschung im Queerformat. Aktuelle Beiträge der LSBTT*, Queer- und Geschlechterforschung*. Bielefeld: transcript.
- Saygili, Bali (2008): Zwangsheirat für Lesben und Schwule? MILES berät Migranten, Lesben und Schwule. *Respekt* 8: S. 10.
- Schönwälder, Karen; Baykara-Krumme, Helen; Bökle, Sanja; Rau, Vanessa. (fc): The Reluctant Adaptation of Civil Society Organisations to Migration and Societal Diversification. Unveröffentlichtes Manuskript.
- Siegfried, Dirk (2014): Geschwister im Geiste. *Respekt* 20: S. 10.
- Sona, Rufus; Rieske, Thomas Viola (2011): Homophobic Others: A Case Study in the Culturalization of Homonegativity Within Social Research. In: Groneberg, Michael; Funke, Christian (Hg.) *Combating Homophobia: Experiences and Analyses Pertinent to Education*. Münster: LIT.
- Stainback, Kevin; Tomaskovic-Devey, Donald; Skaggs, Sheryl (2010): Organizational Approaches to Inequality: Inertia, Relative Power, and Environments. *Annual Review of Sociology* 36: S. 225-247.
- Steffens, Melanie (2010): Doppelt diskriminiert. Lebenssituation von Lesben und Schwulen mit Migrationshintergrund. *Respekt* 14: S. 26.
- Steinert, Jörg (2013): »Berlin ohne Türkiyemspor ist wie Wurst ohne Curry«. *Respekt* 19: S. 22.

- SUSPECT (2010): Judith Butler lehnt Berlin CSD Zivilcouragepreis ab! Presseerklärung vom 19.06., <http://nohomonationalism.blogspot.com/2010/06/judith-butler-lehnt-berlin-csd.html> (Zugriff: 14.09.2021)
- [SVD] Schwulenverband in Deutschland (1991): *Schwulenverband: Miteinander leben! Gegen Fremdenhaß und Gewalt!* Pressemitteilung 08.11.1991. Köln: LSVD-Archiv.
- [SVD] Schwulenverband in Deutschland (1996a): *Das Programm des Schwulenverbandes in Deutschland e.V. (SVD)*. Köln.
- [SVD] Schwulenverband in Deutschland (1996b): *Emanzipation, Partizipation und Integration schwuler Immigranten*. Resolution des Verbandstags am 20./21.01.1996. Köln: LSVD-Archiv.
- [SVD NRW] Schwulenverband in Deutschland Nordrhein-Westfalen (1996): *Binationale Paare im Recht*. Köln: LSVD-Archiv.
- Trembley, Manon; Paternotte, David; Johnson, Carol (2011): *The Lesbian and Gay Movement and the State: Comparative Insights into a Transformed Relationship*. New York: Ashgate.
- Ulrich, Markus (2016): Eine LGBTI-inclusive Flüchtlings- und Integrationspolitik. *Respekt* 23: S. 5.
- Ulrich, Markus (2019): 50 Jahre Stonewall – Wie geht's weiter? *Respekt* 26: S. 3.
- Wikipedia-Autor:innen (2020): Halina Bendkowski. *Wikipedia. Die freie Enzyklopädie*, zuletzt geändert am 19.02.2020. https://de.wikipedia.org/wiki/Halina_Bendkowski (Zugriff: 14.09.2021).
- Yilmaz-Günay, Koray (Hg.) (2011): *Karriere eines konstruierten Gegensatzes: Zehn Jahre »Muslime versus Schwule«*. *Sexualpolitiken seit dem 11. September 2001*. Münster: Edition Assemblage.
- Zinn, Alexander (2005): »Ich vertraue auf die zersetzende Kraft der Toleranz.« Der Historiker Gustav Seibt im Gespräch über Multikulturalismus und Homosexuellenemanzipation. *Respekt* 1: S. 10-12.